

Machtdemonstration der Landesregierung von Orissa in den Bauxit-Bergen

„Adivasi-Gemeinschaften in Orissa wehren sich gegen Bauxit-Abbauprojekte“

Aktualisierung zum Adivasi-Rundbrief 22 vom Oktober 2004

Von Johannes Laping

Seit mehr als zehn Jahren bemüht sich ein internationales Firmenkonsortium mit dem Namen *Utkal Alumina International Ltd. (UAIL)* gegen starken Widerstand der örtlichen Adivasi-Bevölkerung um die Eröffnung eines neuen Bauxit-Projekts im Süden von Orissa. Die Auseinandersetzungen haben im letzten halben Jahr eine neue Dimension erreicht. Ein Besuch des Verfassers des *Adivasi-Rundbrief 22* (vgl. SÜDASIEN 2-3/2004) und dieser Aktualisierung in der Region im Februar 2005 war aufgrund der äußerst angespannten Lage nicht möglich. Die hier wiedergegebenen Informationen stammen von indischen Unterstützern und unabhängigen Berichterstattern in der Region, über die seit Dezember 2004 eine weitgehend wirksame Preszensur verhängt war, so dass auch indische Zeitungen kaum darüber berichtet haben.

Kashipur im Distrikt Rayagada

Im November 2004 erklärte der Ministerpräsident von Orissa, Naveen Pattnaik, öffentlich: „*No one, I repeat, no one will be allowed to stand in the way of Orissa's industrialization and the people's progress.*“ Kurze Zeit darauf, in den ersten Dezembertagen 2004, zeigte sich das ganze Ausmaß dieser Drohung.

In rascher Folge wurden große Polizeieinheiten sowie Einheiten der paramilitärischen *Central Reserve Police Force (CRPF)*, des *Indian Reserve Battalion* und der *Orissa State Armed Forces* in das Gebiet um Kashipur verlegt, Zufahrtstraßen mit

Posten besetzt und eine zusätzliche Polizeistation errichtet. Die Adivasi-Bevölkerung protestierte gegen diese Maßnahmen und organisierte spontan Sitzblockaden auf den Straßen. Sie verstanden dies als Einschüchterungsversuch und Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit – allein aus dem Grund ihrer schon lange währenden Ablehnung des Aluminiumprojekts.

Im Verlauf der Protestaktion kam es zu heftigen Wortwechseln, unter anderem wurde den anwesenden Adivasi-Frauen angedroht, sie würden alle vergewaltigt werden. Die Polizei feuerte schließlich Warnschüsse ab und begann mit eisenverstärkten Stöcken (*Lathi*) auf die Protestierenden einzuschlagen. Dabei wurden zahlreiche Menschen verletzt. Die Poli-

zei nahm auch mehrere Personen fest, die zum Teil bis heute noch nicht freigelassen worden sind, andere sind mit nachweislich falschen Beschuldigungen zur Fahndung ausgeschrieben. In den folgenden Tagen setzten die Polizeitruppen ihre Einschüchterungsmanöver mit Exerziermärschen vor den Augen der Dörfler fort, auch wurden die Zugangsmöglichkeiten zum Beispiel zu den Marktorten stark eingeschränkt. Am 16. Dezember, dem Jahrestag der Ermordung von drei Aktivisten in dem Ort Maikanch am 16.12.2000, versuchte die Polizei dort eine Gedenkversammlung zu verhindern. Es gelang aber dennoch etwa 3.000 Menschen, sich an einem Ort in der Nähe zusammenzufinden. Jedoch wurden in

den Tagen danach mehrere bekannte Wortführer des Protests massiv bedroht. Diese Einzelheiten sind durch einen Untersuchungsbericht der indischen Menschenrechtsorganisation *People's Union for Civil Liberties* (PUCL) belegt.

In den ersten Januartagen 2005 wurden Truppen innerhalb des Geländes verlegt, um den Bau einer neuen Zufahrtsstraße für die Errichtung des Industriekomplexes zu sichern. Auch dies versuchten die Menschen vor Ort, durch eine Straßenblockade zu verhindern, doch gelang ihnen dies nur für einige Tage. Die ursprünglich für Januar angekündigte offizielle Grundsteinlegung für das Aluminiumprojekt, wofür dieses massive Sicherheitsaufgebot offensichtlich veranstaltet worden war, hat allem Anschein nach aber nicht stattgefunden. Die Menschen in der Region begingen dennoch den Tag der Republik am 26. Januar unter einer aufgezogenen schwarzen Fahne. Auch im Februar waren vor allem die Wortführer der Bewegung weiteren Schikanen durch die Polizei ausgesetzt. Am 4. und 5. März 2005 fand am *Jantar Mantar*, einem zentralen Ort in der indischen Hauptstadt Neu Delhi, eine Mahnwache der Kashipur-Bewegung, zusammen mit ähnlichen Protestgruppen aus Madhya Pradesh und Chhattisgarh, statt, an deren Ende dem indischen Staatspräsidenten ein Appellschreiben übergeben wurde.

Lanjigarh im Distrikt Kalahandi

Beim Bauxit-Abbauprojekt der Firma *Sterlite India Ltd./Vedanta Resources* im Lanjigarh Block hat sich zwischenzeitlich eine juristische und verfahrensrechtliche Interventionsmöglichkeit ergeben, bei der noch abzuwarten bleibt, ob dieses Projekt somit auf Dauer gestoppt werden kann.

Demnach hatte das Ministerium für Umwelt und Forst der Zentralregierung in Neu Delhi die Genehmigung für eine Bauxit-Verarbeitungsanlage gegeben und dabei „übersehen“, dass einerseits dafür selbst geschützte Waldgebiete gerodet werden müssten und dass andererseits eine Verarbeitungsanlage nur im Zusammenhang mit einer nahe gelegenen Ab-

baustätte Sinn macht. In genau dieser - von einander getrennten - Vorgehensweise aber hatte das Unternehmen seinen Antrag gestellt und dann die erhaltene Genehmigung für die Verarbeitungsanlage - mit offensichtlicher Billigung der Landesregierung von Orissa - auf das Gelände der projektierten Abbaustätte ausgeweitet. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen und befindet derzeit vor einem Sonderausschuss des *Supreme Court*.

Am 27. März 2005 wurde Sukru Majhi, einer der Wortführer des Widerstands aus dem bereits im Januar 2004 gewaltsam geräumten Dorf Kinari, von einem Fahrzeug von *Sterlite/Vedanta* angefahren und kam dabei zu Tode. Die genauen Umstände sind noch nicht aufgeklärt. Aber der Vorgang wird innerhalb der Bewegung als ein weiterer Beweis für die Versuche der Firmen gedeutet, die Proteste zum Verstummen zu bringen.

Neu bekannt gewordene Bauxit-Abbauprojekte in Chhattisgarh

Dieselbe Firma, *Sterlite/Vedanta*, und eine weitere große Firma namens BALCO sind, wie erst kürzlich bekannt wurde, bereits seit etwa zwei Jahren im Bundesstaat Chhattisgarh (früher der Ostteil von Madhya Pradesh) mit dem Abbau von Bauxit-Vorkommen in Stammesgebieten befasst: auf dem Mainpat-Berg im Surguja-Distrikt und bei Kawardha am Rand des Kanha-Tierschutzgebietes an der Grenze zum Nachbarstaat Madhya Pradesh. Nach ersten Informationen gibt es dabei so gut wie keine flankierenden Maßnahmen für die betroffenen Adivasi-Gemeinschaften. Allerdings ist auch die Selbstorganisation der Betroffenen nur sehr wenig entwickelt. 

► **Zum Autor:** Johannes Laping ist Mitarbeiter der Adivasi Koordination in Deutschland e.V. und reist häufig nach Indien zu Projektbesuchen bei Adivasi-Gemeinschaften.

Die Adivasi-Koordination in Deutschland e.V. hat auf dem Höhepunkt der Krise in Kashipur nachgefolgenden Brief an den indischen Staatspräsidenten, seinen Statthalter in Orissa und an den Ministerpräsidenten von Orissa geschrieben:

“Sir,

We have received here information about the ongoing struggle of Adivasi communities in Rayagada District for their self-determination and survival in dignity in the face of upcoming industrial projects, specifically bauxite mining and refinery and ancillary industries in Kashipur Block.

The controversy over development – whether brought about in the wake of industrialisation or as genuine, self-determined development of the local people – has been going on in India for decades. And equally so in the Kashipur region, where the controversy is now – as we hear - being escalated to a violent clash between the state in collaboration with the mining companies and the affected local communities.

We hear of a reign of terror by the state of Orissa in Kashipur during these December days. Massive police forces have been deployed, and during the initial confrontation a number of persons have been wounded by excessive use of force by the police. Wounded persons have been denied medical care, plenty of persons have been harassed and arrested or detained. Leaders, activists as well as supporters are being booked with court cases. On December 16, the situation has become even more critical as this is the anniversary date of a similar clash in the same area, when three innocent people were killed by unwarranted police firing at Maikanch village in the year 2000. Thousands of people had gathered to remember their martyrs. Supporters from different political parties as well as senior civil society representatives were threatened and harassed by the police on this occasion.

We urgently request you to intervene and immediately stop all further police action as well as to prevent the mining company (Utkal Alumina International Ltd.) from further advancing their project in such circumstances. This pushing ahead of mining is a violation of fundamental human rights. The people of Kashipur are legitimately fighting for their economic, social and cultural human rights, and then they are being criminalised and beaten up. Such state attacks against the tribal communities are intolerable. We also hear about censorship on the media to report on these developments. This is unworthy of the long standing democratic tradition of the Republic of India!

In this perspective, we expect you:

- to withdraw all armed police forces from Kashipur area,
- to allow medical treatment of the injured persons,
- to release the arrested activists and withdraw the court cases,
- to stop the mining company from further pursuing their project.

We are aware that similar developments are going on in the neighbouring district of Kalahandi, Lanjigarh Block, where Sterlite India Ltd. is about to take up bauxite mining. We request you to establish truly democratic procedures in all negotiations on industrial and other development projects and to guarantee the survival of the tribal communities of Orissa in a self-determined manner and with dignity.

Yours,

Bernd Krause

Hans Escher

Dr. Theodor Rathgeber

Board of Adivasi-Koordination

Adivasi-Koordination in Germany is a network of NGOs and individuals engaged in human rights and development work. email: adivasi.koordination@gmx.de